



Presseerklärung Nr. 1

Berlin, 15.01.2024

Juristische Organisationen verurteilen rechtsextremistischen „Masterplan“ aufs Schärfste

Die massenhafte Deportation von Menschen aus Deutschland darf nie wieder Realität werden

Was im November im kleinen Kreis nahe Potsdam [entworfen](#) wurde, ist mehr als nur eine schauerliche Vision. Es ist ein Angriff auf die Verfassung und den liberalen Rechtsstaat.

Die massenhafte Deportation von Menschen aus Deutschland darf nie wieder Realität werden. Die gesetzliche Legitimation solcher Phantasien muss mit allen juristischen und politischen Mitteln verhindert werden. Dieses Treffen darf sich in der Rückschau nicht als „zweite Wannseekonferenz“ entpuppen.

Die unterzeichnenden juristischen Organisationen stellen sich entschlossen gegen das skizzierte Konzept und das dahinterstehende Menschen- und Weltbild, das nicht nur unzähligen in Deutschland tätigen Juristinnen und Juristen, sondern uns allen nicht wieder gutzumachenden und dauerhaften Schaden zufügen würde.

Die unterzeichnenden Organisationen

- [Bundesrechtsanwaltskammer](#)
- [Deutscher Anwaltverein e. V.](#)
- [Deutscher Juristinnenbund](#)
- [Deutscher Richterbund](#)
- [Neue Richtervereinigung](#)
- [Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V.](#)
- [Vereinigung Berliner Strafverteidiger*innen e. V.](#)

Die Bundesrechtsanwaltskammer ist die Dachorganisation der anwaltlichen Selbstverwaltung. Sie vertritt die Interessen der 28 Rechtsanwaltskammern und damit der gesamten Anwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland mit rund 166,000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gegenüber Behörden, Gerichten und Organisationen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Weitere Informationen:

Rechtsanwältin Stephanie Beyrich,
(Geschäftsführerin/Pressesprecherin)

Tel. 030.28 49 39 - 82
Mail beyrich@brak.de

Cornelia Kaschel-Blumenthal (Referentin)

Tel. 030.28 49 39 -19
Mail kaschel@brak.de